

«Wir müssen Änderungen ernsthaft prüfen»

Wirtschaftsministerin **Doris Leuthard** plant Reformen bei der Personenfreizügigkeit

Sie haben vor zwei Jahren gesagt, die Zuwanderung via Personenfreizügigkeit werde in einer Rezession zurückgehen. Sie haben falsche Versprechungen gemacht.

Nein, man muss unterscheiden: Die Zuwanderung ist tatsächlich zurückgegangen, sie hat innert Jahresfrist um rund 20 Prozent abgenommen. Das haben wir richtig eingeschätzt. Zu optimistisch waren wir aber bezüglich der Rückwanderung der EU- und Efta-Bürger, die in der Schweiz arbeitslos werden. Sie kehren in kleinerer Zahl zurück als angenommen.

Was sind die Gründe für die Fehleinschätzung?

Die Arbeitslosigkeit ist in Europa mindestens doppelt so hoch wie bei uns. Die Chance, dort wieder einen Job zu finden, ist viel kleiner als hier. Bei diesen Rahmenbedingungen ist es attraktiver, hier zu bleiben.

Die Zuwanderung bleibt hoch. Im September kamen so viele Ausländer wie nie seit Januar.

Das stimmt. Zu beachten ist indes auch, dass die Zahl der Beschäftigten nach wie vor wächst. Innerhalb des letzten Jahres hat sie um 0,2 Prozent zugenommen.

Die SVP will die Personenfreizügigkeit kündigen und neu aushandeln. Was halten Sie davon?

Das ist unrealistisch. Wenn wir die Personenfreizügigkeit kündigen, fallen wegen der Guillotineklausele auch die anderen Verträge der Bilateralen I dahin. Das ist nicht im Interesse der Schweiz. Bei Neuverhandlungen wären wir in einer schwächeren Position als die EU.

Dann nehmen Sie den Zustand einfach so hin?

Nein. Wir müssen ernsthaft prüfen, ob es beim Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung Änderungen braucht. Heute können EU-Bürger die in ihren Ländern geleisteten Beiträge ja an die Mindestbeitragsdauer für die Arbeitslosenkasse anrechnen lassen. Da die Höhe der einbezahlten Beiträge stark variiert, ist es wohl sinnvoll, hier nach neuen Lösungen zu suchen. Man muss allerdings die Relationen sehen: Seit 2008 hat nur etwa ein Prozent der Ausländer aus EU und Efta mit der Anrechnung der in einem anderen Land geleisteten Beiträge bei uns Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung begründen können.

Wann wollen Sie allfällige Massnahmen in Kraft setzen?

Das muss schnell gehen. Wir werden Anfang Jahr im Bundesrat eine vertiefte Aussprache führen. Wir müssen ja ohnehin auf den Frühling hin die Ventilklausel wieder prüfen.

2009 sind Sie mit der Forderung, die Klausel zu aktivieren, gescheitert. Hätte sie 2010 überhaupt noch einen Effekt?

Weil sie auf der Basis der aktuellen Zuwanderung jedes Jahr neu berechnet wird, wäre der Effekt natürlich deutlich geringer als noch vor einem Jahr. Damals haben sich Kantone und Sozialpartner gegen die Aktivierung gewehrt. Vielleicht beurteilen sie die Sache inzwischen auch etwas anders.

Was halten Sie vom Aufruf Ihrer Kollegen Calmy-Rey, die Arbeitgeber sollten Schweizer einstellen?

Ich gehe davon aus, dass jeder Patron sein Herz in der Schweiz hat und dies in seine Überlegungen miteinbezieht. Aber für viele Betriebe gibt es in der Schweiz nicht genug Fachkräfte. Insofern ist die Wirkung solcher Aufrufe beschränkt. (AW)



Bundesrätin Leuthard: «Waren zu optimistisch»

Die Suche nach der richtigen gegen ein übel wucherndes

In den Städten verdichtet bauen, in den Alpen die Touristen kanalisieren - so

VON PHILIPP LÖPFE

Droht der Schweiz eine Überbevölkerung? Entsteht im Dreieck Zürich-Bern-Basel eine gigantische Agglomeration mit dem Charme einer Vorstadt? Diese Fragen stehen neben der Sorge um den Arbeitsplatz in der aktuellen Zuwanderungs-Debatte im Vordergrund. Die Angst ist begründet: Bereits jetzt ist die Zersiedelung der Schweiz weit fortgeschritten.

Der Grund für die Zersiedelung liegt darin, dass wir uns im 21. Jahrhundert verhalten, als ob wir noch im 19. Jahrhundert leben würden. Nach wie vor wohnen

nämlich Herr und Frau Schweizer am liebsten im Häuschen im Grünen, verdienen aber ihr Geld in der Stadt. Das Resultat ist, überspitzt formuliert, der Kanton Aargau. Er hat sich zum attraktiven Wohnkanton zwischen den Metropolen Zürich und Basel entwickelt. Seine Bevölkerung wächst überdurchschnittlich. Kürzlich konnte der Aargau seinen 600 000. Einwohner begrüßen. Bis ins Jahr 2030 rechnet man mit weit über 720 000 Einwohnern.

Diese Entwicklung stösst nun an Grenzen. So sagt der Vorsteher des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt, Peter C. Beyeler, heute schon: «Unsere Verkehrsbe-

lastung wächst schneller als unsere finanziellen Möglichkeiten. Wir laufen schnurgerade in die Falle, dass die Finanzierung die erforderlichen Aufwände nicht mehr zu decken mag. Hier müssen wir jetzt Gegensteuer geben.»

Ökologisch gesehen, machen höhere Bahnpreise Sinn

Vor dem gleichen Problem stehen die SBB. Sie haben in den letzten Jahren ihr Netz ausgebaut. Jetzt werden sie Opfer ihres eigenen Erfolges. Die Zunahme des Pendlerverkehrs übertrifft selbst die optimistischsten Prognosen. Doch finanziell haben die Bahnen davon nichts. Im Gegenteil: Betrieb

und Unterhalt verschlingen immer mehr Geld. Letztes Jahr erhielten die SBB von Bund und Kantonen rund 3,5 Milliarden Franken Unterstützung. Jetzt zieht Verkehrsminister Moritz Leuenberger die Notbremse und verlangt ein «Mobility Pricing». Auf gut Deutsch: teurere Tickets und Abonnemente.

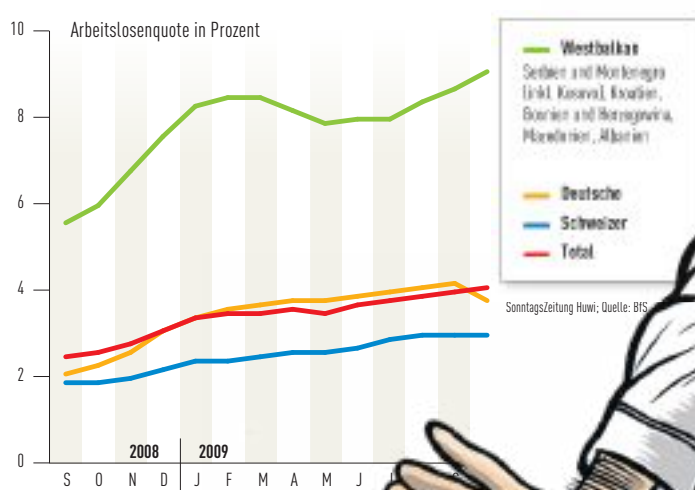
Schon die Ankündigung von Preiserhöhungen hat ein Protestgeheul ausgelöst. Doch ökologisch gesehen, macht dies Sinn. Mit einem weiteren Ausbau des SBB-Netzes und einer noch stärkeren Subventionierung des öffentlichen Verkehrs kann die Zersiedelung nämlich nicht ge-



Keine unmögliche Vorstellung: Ein dicht besiedelter Zürichsee-Raum

©MVRDV, AVENIR SUISSE

Registrierte Arbeitslose nach Herkunft



SonntagsZeitung Nowi, Quelle: BIS

► FORTSETZUNG VON SEITE 17

Der Verdrängungskampf

Balkanstaaten arbeiten, deuten Zahlen auf eine Verdrängung hin. So stieg dort die Zahl der Arbeitslosen inert Jahresfrist um 4000 Personen. Im gleichen Zeitraum wanderten aber mehr als 9000 Erwerbstätige aus der EU und Efta ins Schweizer Gastgewerbe ein. In der Baubranche sind die Zahlen vergleichbar (siehe Grafik).

«Im Gastgewerbe gibt es einen Trend zur Verdrängung von Mitarbeitenden aus dem Balkan», sagt Ernst Wyrsh, Direktor des Hotels Steigenberger Belvédère in Davos. Stellen mit Kundenkontakt würden vermehrt von Ostdeutschen besetzt. «Sie sind uns kulturell näher, kommen bei den zahlreichen deutschen Gästen gut an und sprechen oft auch Rus-

sisch, was im Luxusbereich wertvoll ist», erklärt Wyrsh. Portugiesen wiederum seien als Hilfskräfte und im Backoffice besonders beliebt – wegen ihrer Verlässlichkeit und Loyalität. Hotelmanager Wyrsh beobachtet die Verdrängung von Angestellten aus dem Balkan überall im Deutschschweizer Gastgewerbe und sagt voraus, dass der Trend anhalten werde.

30 Prozent aller Bewerbungen kommen aus Deutschland

Derzeit kommen rund 30 Prozent der Bewerbungen auf der Stellenplattform von Hotelleriesuisse aus Deutschland. «Es gibt Betriebe, die mit der neuen Situation ihre Personalkosten zu senken versuchen und Ausländer anstellen, die

bereit sind, billiger zu arbeiten», sagt Doris Leuthard. «Das ist zwar legal, solange die Vorgaben der Gesamtarbeitsverträge eingehalten werden – aber nicht sehr schön.» Sie will die Sache nun untersuchen.

Anfang 2010 plant Leuthard eine vertiefte Aussprache im Bundesrat. Derweil überbieten sich Politiker, Bundesämter und Migrationsexperten mit Vorschlägen, wie die Schweiz dem Zuwanderungsstrom Herr werden könnte.

BfM-Vizedirektor Gattiker weist darauf hin, dass der Bund bereits einiges getan hat, um das

